



Medienorientierung vom 22. Oktober 2002  
Masterplan Energie und CO<sub>2</sub>-Bilanz

## **Lokaler Klimaschutz im globalen Spannungsfeld**

Stadtrat Robert Neukomm, Gesundheits- und Umweltdepartement

Die Meteorologen weisen darauf hin, dass die 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts das wärmste Jahrzehnt der letzten 1000 Jahre war. Was haben wir Menschen dazu beigetragen? Diese Frage ist an der Weltklimakonferenz von 1992 in Rio de Janeiro erstmals deutlich vernehmbar gestellt worden. 1997 hat sich dann die Staatengemeinschaft im Kyoto-Protokoll ein konkretes Ziel gesetzt: die Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen bis 2010 um mindestens 5 Prozent gegenüber 1990. Die Europäische Union hat sich für eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 8 % verpflichtet, die Schweiz mit der Verabschiedung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes sogar für eine von 10 %. Zu bedauern ist die Tatsache, dass sich die USA als Hauptemittent von Treibhausgasen vorläufig vom Inhalt des Kyoto-Protokolls distanziert.

Wichtigste Grundlage der klimapolitischen Anstrengungen der Schweiz ist das am 1. Mai 2000 in Kraft gesetzte CO<sub>2</sub>-Gesetz des Bundes. Es hat zum Ziel, den durch den Verbrauch fossiler Energie verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis zum Jahr 2010 gegenüber 1990 um 10 Prozent zu vermindern. Dabei gelten zwei Teilziele - eines für die fossilen Brennstoffe (- 15 %) und eines für die Treibstoffe (- 8 %), mit denen auf die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen und Reduktionsmöglichkeiten Rücksicht genommen wird. In sämtlichen Berechnungen ausgeklammert sind die Flugtreibstoffe für internationale Flüge. Dies ist eher unverständlich, sind die Flugtreibstoffe doch gesamtschweizerisch für rund 13 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Die Ziele des CO<sub>2</sub>-Gesetzes sollen in erster Linie durch freiwillige Massnahmen der Wirtschaft erreicht werden. Erst wenn sich abzeichnet, dass die Reduktionsziele nicht erreicht werden, kann der Bund Lenkungsabgaben auf Brenn- und Treibstoffe einführen.

### **Klimaschutz dank Energiesparzielen**

Die Stadt Zürich hat bislang auf die Formulierung einer „eigenständigen“ Klimaschutzpolitik verzichtet, weil Massnahmen zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen meist das unmittelbare Resultat der Umsetzung energiepolitischer oder verkehrspolitischer Massnahmen sind.



Die mit dem Masterplan Energie neu formulierten Energiesparziele stellen somit 1 : 1 Klimaschutzmassnahmen dar. Diese enge Verknüpfung zeigt sich auch darin, dass die heute stattfindende Medienorientierung von zwei Departementen gemeinsam bestrittenen wird.

Erste Massnahmen zum Energiesparen und zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses wurden in der Stadt Zürich bereits 1980 mit dem Programm zur energetischen Sanierung von Gebäuden (PRESANZ) in Angriff genommen. 1992 hat sich die Stadt umfassende „energiepolitische Ziele“ gesetzt. Angestrebt wurde eine Stabilisierung des Verbrauchs an fossilen Energien sowie des CO<sub>2</sub>-Ausstosses bis zum Jahr 2000. In einem zweiten Schritt sollte dann eine deutliche Reduktion des Energieverbrauchs und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 angegangen werden. Diese Stossrichtung wurde mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis europäischer Städte bekräftigt.

### **CO<sub>2</sub>-Ziele sind realistisch**

Der vom Stadtrat verabschiedete Masterplan Energie der Stadt Zürich nimmt die Vorgaben des CO<sub>2</sub>-Gesetzes als pragmatisches bis zum 2010 zu erreichendes Minimalziel auf. Die CO<sub>2</sub>-Statistik weist für die letzten 10 Jahre eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 5 Prozent aus. Das Ziel 2010 erscheint somit erreichbar. Die detaillierte CO<sub>2</sub>-Statistik zeigt jedoch, dass neben der gewollten Substitution von Heizöl durch Erdgas und der Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich (Heizungs- und Gebäudesanierungen) auch äussere Faktoren einen sehr grossen dämpfenden Einfluss auf die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen hatten. So hat die wirtschaftliche Rezession Mitte der 90er Jahre mit einem Verlust von rund 40'000 Arbeitsplätzen zur Reduktion des Energieverbrauchs beigetragen. Seit 1998 ist wieder ein wirtschaftliches Wachstum zu beobachten, das – wie sich am Beispiel des Elektrizitätsverbrauchs eindeutig nachweisen lässt - auch eine Zunahme des Energieverbrauchs und damit der CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Folge haben kann. Wirtschaftliches Wachstum ist darum nur klimaverträglich, wenn Energie inskünftig noch effizienter eingesetzt und CO<sub>2</sub>-intensive Energieträger eingespart oder in grösserem Ausmass durch alternative Energien ersetzt werden. Der Masterplan Energie ist ein Instrument diese Vorgaben des Klimaschutzes umzusetzen und einer zukunftsgerichteten Klimapolitik zum Durchbruch zu verhelfen.



### **Aktivitäten verstärkt weiterführen**

Die Ergebnisse der CO<sub>2</sub>-Statistik weisen darauf hin, dass die mit dem Masterplan Energie verfolgten energiepolitischen Ziele richtig sind. Die aus Sicht des Klimaschutzes wichtigsten energiepolitischen Handlungsfelder der nächsten Jahre sind:

- Verstärkte Förderung von Minergiestandards im Gebäudebereich
- Bereitstellung attraktiver Öffentlicher Verkehrsmittel in Gebieten mit wirtschaftlichem Aufschwung (Tramlinie 18 für Zürich West)
- Siedlungspolitik der kurzen Wege (Durchmischung in den Entwicklungsgebieten fördern, z.B. Maag-Areal, Ausrichtung auf einseitig MIV-orientierte Nutzungen verhindern)
- Konsequente Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften im Energiebereich, inkl. Beratung für Bauherrschaften.

Zürich, 18. Oktober 2002